



NEWS **LETTER** Juni 2014

6/2014

Effizienter Naturschutz oder grüner Ablasshandel Strompreisrückblick: Mai 2014 Swisspower kauft weiteres Windpark-Portfolio in Deutschland ABO Invest erwirbt Windparks in Deutschland und Frankreich KGAL erwirbt weiteren WKN-Windpark Repowering im Windpark Zuidwester Siemens darf für größtes Offshore-Projekt der Niederlande liefern Geplanter Verkauf der RWE Dea und Gewinneinbruch beim Mutterkonzern Erfolg durch Retrofit bei Alstom EEG-Umlage in Deutschland könnte 2015 sinken Anhörung zur Länderöffnungsklausel im Bundestag Spanien bremst massiv die Energiewende

Effizienter Naturschutz oder grüner Ablasshandel

Eine Kurzanalyse zum Ökokonto

von Florian Aurich

Gern propagieren Windparkbetreiber für sich, dass durch deren Anlagen eine bestimmte Anzahl von Haushalten mit umweltfreundlichem bzw. sauberem Strom versorgt wird. Auf der anderen Seite kritisieren Umweltschützer den von Windenergieanlagen ausgehenden Eingriff in Natur und Landschaft. Denn, obwohl mit der eigentlichen Energieerzeugung die Emission schädlicher Treibhausgase im Gegensatz zu herkömmlichen fossilen Kraftwerken vermieden wird, hat die schiere Anzahl und Größe der errichteten Anlagen Einfluss auf das Landschaftsbild, die lokale Tierwelt sowie den Boden und die Vegetation. Dieser Kontrast zeigt, dass sich auch die Windenergienutzung im Spannungsfeld zwischen Klimaschutz auf der einen Seite und der Beeinträchtigung von Natur- und Landschaft auf der anderen Seite bewegt.

Da in Deutschland jeder Eingriff in den Naturhaushalt entsprechend § 14 Bundesnaturschutzgesetz auszugleichen und verloren gegangener Naturraum möglichst art- und wertgleich zu ersetzen ist, sind Windparkprojektierer gezwungen, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Ausgleich entsprechend den Vorgaben der zuständigen Naturschutzbehörde umgesetzt wird. Für Windparkentwickler gestaltet sich die Umsetzung geeigneter Maßnahmen oft



schwierig, da geeignete Flächen meist nur begrenzt zur Verfügung stehen bzw. schwer zu bekommen sind. Mit dem Ökokonto steht ein noch relativ junges Instrument für den naturschutzrechtlichen Ausgleich zur Verfügung, auf dessen Grundlage Kompensationsmaßnahmen realisiert werden sollen. Rechtsgrundlage für die Anwendung des Ökokontos sind die §§ 16; 18 bis 21 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie § 200a Baugesetzbuch. Die konkrete gesetzliche Festsetzung obliegt dabei den Bundesländern.

Die Funktionsweise des so genannten Ökokontos unterscheidet sich in seiner grundlegenden Art und Weise nicht von der eines herkömmlichen Bankkontos. Auf das Ökokonto werden

Flächen die meist über eine geringe ökologische Wertigkeit verfügen mit ihrem jeweiligen ökologischen Ausgangswert durch die öffentliche Hand eingebucht. Anschließend kommt es entweder durch den Einsatz „naturverbessernder“ Maßnahmen oder über den natürlichen Entwicklungsprozess zu einer ökologischen Aufwertung. Wird zu einem späteren Zeitpunkt, in der Gemeinde, die das Ökokonto führt, ein Eingriff, z.B. in Folge der Errichtung eines Windparks, vollzogen, kann dieser Eingriff über das Ökokonto ausgeglichen werden. Dies geschieht, indem die bevorratete Fläche wieder ausgebucht wird, eine Endbewertung stattfindet und die so genannten „Ökopunkte“ von der Kommune an den jeweiligen Wind-

parkplaner verkauft werden. Dadurch refinanziert sich die Flächenaufwertung, ohne dass die Gemeinde die so gewonnenen Einnahmen zweckgebunden einsetzen und der Projektentwickler die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme selbst durchführen muss. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass Ökokonten ausschließlich von der öffentlichen Hand geführt werden dürfen und Private lediglich die Einbuchung bestimmter Flächen beantragen bzw. vorschlagen können.

Aus Sicht eines Windparkplaners stellt sich nun die Frage, ob es sinnvoll ist, den naturschutzrechtlichen Ausgleich über den Erwerb von Ökopunkten zu vollziehen. Auf den ersten Blick scheinen die Vorteile zu überwiegen, da es für den Entwickler bequem ist, sich von der oft als lästig empfundenen Pflicht zur Erbringung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen „freizukaufen“. Letztendlich ist die Umsetzung der eigentlichen Ausgleichsmaßnahme jedoch nur die Spitze des Eisberges. Begonnen mit der Suche geeigneter Flächen, dem anschließenden Erwerb bzw. deren dinglicher Sicherung bis hin zur Beantragung der jeweiligen Maßnahmen, z.B. durch Umwidmung der Flächen von Ackerland in eine Waldfläche, sind unterschiedliche Vorleistungen zu erbringen, bevor eine Maßnahme umgesetzt werden kann. Anschließend fallen noch die Folgekosten in Form von Fertigstellungs- und Pflegekosten an sowie der mit der Entwicklung verbundene Planungsaufwand. Wer jedoch vermutet, dass der Kauf von Ökopunkten demgegenüber ein „Schnäppchen“ ist, wird enttäuscht zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich sämtliche eben genannten Aufwendungen auch innerhalb der Kostenstruktur beim Erwerb von Ökopunkten widerspiegeln.

Dennoch ist davon auszugehen, dass es die Standortgemeinde positiv sieht, wenn ihre Maßnahmen möglichst schnell refinanziert werden und die angefallenen Kosten den Haushalt möglichst nur kurzfristig belasten.

Nachteilig wirkt sich vor allem aus, dass für den Betreiber kein realer Bezug mehr zum Umfang des Eingriffs besteht. Das Bewusstsein für das Verhältnis zwischen Ausgleich und Eingriff geht durch die Entkoppelung der Maßnahmen verloren. Dieser Punkt wird auch durch die räumliche Trennung der Eingriffs- und Ausgleichsflächen verstärkt und von Kritikern oft ins Feld geführt. Für den Projektentwickler kann es zudem sinnvoll sein, wenn er eine konkrete, selbst umgesetzte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme vorweisen und damit für sein Vorhaben werben kann. Dadurch kann zusätzliche Akzeptanz für das Windparkvorhaben in der Bevölkerung geschaffen werden. Frei nach dem Motto: „Sagt uns welche Ausgleichsmaßnahme ihr gern hättet, und wir setzen sie für euch um.“ Damit ist eine öffentlichkeitswirksamere Umsetzung gegeben und die Bewohner der Standortgemeinde bekommen das gute Gefühl, ein Mitspracherecht im Planungsprozess zu haben.

Bleibt noch die Frage zu klären, welchen Nutzen das Ökokonto für den eigentlichen Adressaten, nämlich den Naturschutz und die zu schützende Flora und Fauna besitzt. Da Ausgleichsmaßnahmen im Vorgriff auf einen Eingriff umgesetzt und gepflegt werden, sind die Ergebnisse sowie der Wert und Nutzen für den Naturschutz positiv zu bewerten. Vielfach werden insbesondere Pflegemaßnahmen für errichtete Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die zeitgleich mit dem Eingriff stattfinden, nach Abnahme der Flächen durch die

zuständige Behörde, vernachlässigt, wodurch der Mehrwert für die Natur letztlich gering ist. Wie bereits dargestellt, ist einer der Hauptkritikpunkte von Umweltschützern gegenüber dem Ökokonto, dass Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen ohne direkten Bezug zueinander umgesetzt werden können.

So kann beispielsweise die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald und der damit verbundenen Eingriff in den Baumbestand durch das Anlegen von Streuobstwiesen oder Extensivgrünland ausgeglichen werden. Da Ökopunkte unabhängig von der Art der Maßnahme ermittelt werden, kann sich hinter ihnen eine gegenüber der Fläche der Eingriffsmaßnahme völlig verschiedene Ausgleichsfläche verbergen. Dadurch wird der zerstörte Naturraum nicht artgleich ausgeglichen, sondern ggf. ein gänzlich neuer Naturraum entwickelt, was zwar grundsätzlich positiv für die Natur ist, aber dem Grundgedanken des artgleichen naturschutzrechtlichen Ausgleichs entgegensteht.

Aus Sicht von Windenergieprojektentwicklern ist zusammenfassend zu sagen, dass es bequem sein kann, Ökopunkte von der öffentlichen Hand zu erwerben und sich damit von der Pflicht der Maßnahmenumsetzung „freizukaufen“. Dennoch sehen viele Kommunen noch nicht die Notwendigkeit und den Nutzen zur Einrichtung von Ökokonten, obwohl es sich als Instrument zur Stadtentwicklung gut eignet. Die Gemeinden können „Schandflecken“ im Stadt- bzw. Ortsbild besei-

tigen und die Kosten auf „andere“ Eingriffsverursacher, wie etwa Windparkentwickler, abwälzen. Sofern sich ein Bewusstsein dafür durchsetzen sollte, wie attraktiv der Verkauf von Ökopunkten ist, besteht die Gefahr, dass der Handel mit Ökopunkten immer stärker zu einem modernen Ablasshandel und einem „Verramschen“ der Natur zu Bestpreisen verkommt. Sollte es den Befürwortern und Anwendern des Ökokontos jedoch gelingen, die kritischen Stimmen durch positive Beispiele zu widerlegen, kann das Ökokonto sowohl für die Natur, die Kommunen als auch für die Projektentwickler eine echte Erfolgsgeschichte werden und auch deren Zusammenarbeit im Planungsprozess nachhaltig verbessern.

Strompreisrückblick: Mai 2014

Neuer Mai-Rekord für PV-Stromerzeugung

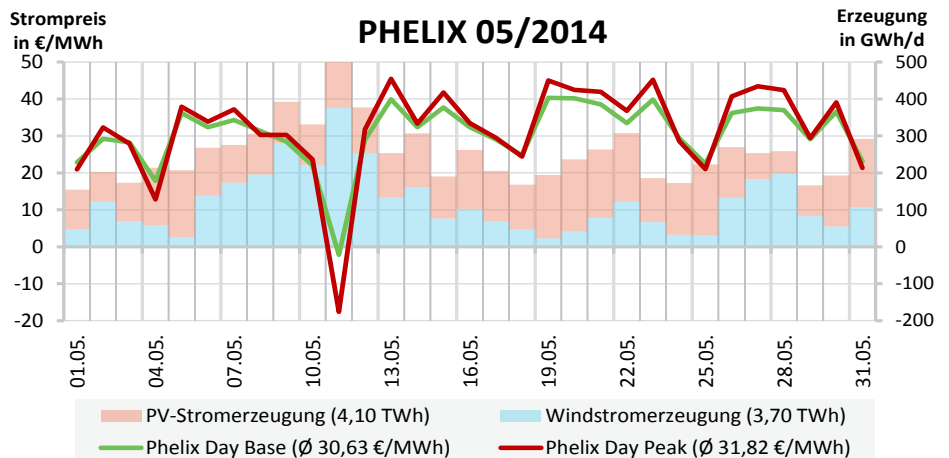
Feiertage und eine windstarke erste Maihälfte halten den Strompreis im Physical Electricity Index (Phelix) weiterhin auf niedrigem Niveau. Am Muttertag, Sonntag, den 11.05., kamen zeitweise 73,4% des benötigten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Knapp eine halbe TWh konnte durch PV-Strom und Windstrom erzeugt werden. Bei schnellerer Regelbarkeit der fossilen Energieerzeugung wären 100% des deutschen Strombedarfs durch grünen Strom gedeckt gewesen. So mussten erneuerbare Energien abgeregelt werden. Der Spotmarktstrompreis für Grundlaststrom (Day Base) lag an diesem Tag, wegen der

geringen Nachfrage und des Überangebotes an grünem Strom, mit -2,16 €/MWh im Minus und der Spitzenlaststrom (Day Peak) sogar bei -17,59 €/MWh. Die übrigen Tage im Mai wurden Tagesmittelwerte zwischen 17,85 und 40,28 €/MWh für Grundlaststrom sowie 12,81 und 45,44 €/MWh im Spitzenlastbereich erzielt. Die Leistung der Photovoltaikanlagen erreichte im Tagesmaximum am Mittag zwischen 8 und 23 GW. Die Einspeiseleistung der Windenergieanlagen lag in der ersten Hälfte des Monats bei durchschnittlich 6,4 GW, in der zweiten Hälfte hingegen nur bei 3,5 GW.

Beginnend mit einem Feiertag startet der Strompreis auf niedrigem Niveau in den Mai. Innerhalb der ersten Maiwoche sanken die Börsenstrompreise für Base- und Peakstrom von zwischenzeitig 29 bzw. 32 €/MWh auf 18 €/MWh bzw. 13 €/MWh ab. Die PV-Leistung bewegte sich dabei zwischen maximal 10 und 17 GW. Die Stromerzeugung aus Windenergieanlagen unterlag starken Schwankungen und erreichte 1 bis 6 GW. Am zweiten Maiwochenende erreichten die Preise für Strom, wie schon im Vorjahr, ihren Monatstiefstwert. Dabei wurden Spitzenwindstromleistungen von 21 GW erreicht.

Zur Monatsmitte schwankte der Tagespreis im Phelix bei wechselndem Angebot der erneuerbaren Energiequellen und üblichen Preisabfällen zum Wochenende. So kam es in der dritten Maiwoche am 14. Mai zu einem vorübergehenden Strompreisabfall durch die Zunahme an grünem Strom im Netz. Insgesamt schwankte der Preis vom 12. und 18. Mai zwischen 25 bis 40 €/MWh für die Abnahme von Grundlaststrom und zwischen 24 bis 45 €/MWh für Peakstrom. Es wurde im Tagesmittel an kombinierter Einspeiseleistung von PV- und Windstrom zwischen 8 und 12 GW erreicht.

Auch in der vierten Maiwoche überwog die PV-Stromerzeugung gegenüber der Windstromerzeugung. Aufgrund der erhöhten Stromnachfrage und der geringen Erzeugung aus regenerativen Kraftwerken kam es wie in der Woche zuvor zu einem Anstieg des Strompreises auf bis zu 40 €/MWh (Day Base) bzw. 45 €/MWh (Day Peak). Am Wochenende blieben die Preise für Grund- und Spitzenlaststrom im Bereich zwischen 20 und 30 €/MWh. Zum darauffolgenden Wochenstart wurde Windstrom mit 6 bis 10 GW Leistung eingespeist, wobei der PV-Anteil an der Stromerzeugung aufgrund der zunehmenden



Quelle: epexspot.com/de/marktdaten

Bewölkung sank.

In den letzten Maitagen fielen die Börsenstrompreise am Spotmarkt der EEX im Vergleich zu den vorangegangenen Wochen. Dies ist vor allem auf die geringe Nachfrage zurückzuführen, die vom 29. bis 31. Mai durch den Feiertag bzw. Brückentag entstand. Die Windstromerzeugung blieb auf niedrigem Niveau und die PV-Stromerzeugung nahm am Monatsende noch einmal zu. Für den Erwerb von Grundlaststrom mussten in diesem Zeitraum rund 21 bis 37 €/MWh bezahlt werden, Spitzenlaststrom kostete ca. 21 bis 40 €/MWh. Im Mittel kostete eine Megawattstunde Grundlaststrom im Mai 30,63 € und war somit ca. 3% günstiger, als noch im Vormonat. Der durchschnittliche Preis für Spitzenlaststrom ist um 4% gesunken und lag bei 31,82 €/MWh. Im Monat Mai konnte die Photovoltaik aufgrund der günstigen Wetterlagen weitgehend ihre Erwartungswerte treffen. So konnten die Solaranlagen in Deutschland nach Auswertung der Daten der EEX zusammen ca. 4,1 Mrd. kWh Strom erzeugen, was den Mai-Rekord des Jahres 2012 von 4,0 Mrd. kWh knapp übertrifft. Jedoch bemaß sich 2012 die PV-Leistung auf lediglich 27 GW und war somit

noch etwa ein Viertel niedriger, als die heutige PV-Leistung von 36 GW. Wäre der diesjährige Mai ähnlich sonnig wie im Jahr 2012 geworden, so hätten durchaus bis zu 5,3 Mrd. kWh PV-Strom generiert werden können.

Swisspower kauft weiteres Windpark-Portfolio in Deutschland

Insgesamt 390 Mio. kWh Onshore-Windenergie pro Jahr

Nach der jüngsten Transaktion zwischen der Swisspower Renewables AG und der wpd Onshore GmbH & Co. KG erhöht das Schweizer Unternehmen sein Produktionspotential für onshore-Windenergie in Deutschland auf insgesamt ca. 390 Mio. kWh pro Jahr. Der aktuelle Kauf des Windparkportfolios besteht aus elf Windturbinen mit einer Gesamtleistung von 29,3 MW in vier eigenständigen Windparks in den Bundesländern Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Niedersachsen. Die Swisspower Renewables AG wurde bei dieser Transaktion

von Noerr LLP auf der juristischen Seite und von der 4initia GmbH auf der wirtschaftlichen und technischen Seite beraten. Als Beteiligungsgesellschaft investiert Swisspower Renewables in der Schweiz und deren Nachbarländern vornehmlich in Onshore-Windenergie- und Wasserkraftanlagen.

ABO Invest erwirbt Windparks in Deutschland und Frankreich

Über 40 Mio. € Investitionsvolumen für 28,5 MW

Das Wiesbadener Unternehmen ABO Invest kauft den Windpark Saint Nicolas-des-Biefs in der Auvergne mit sieben Vestas V90 mit je 2 MW. Der im Bau befindliche Park soll 2015 ans Netz gehen. Fünf weitere V90 sollen Ende 2014 im Windpark Couffé im Département Loire-Atlantique für die ABO Invest in Betrieb gehen. Im saarländischen Losheim übernimmt ABO Invest drei GE Wind Energy 1.5sl Turbinen, die seit 2004 am Netz sind. Die ABO Invest hat nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr ein Plus von 620.000 € erwirtschaftet.

KGAL erwirbt weiteren WKN-Windpark

Vier Senvion MM92 im sächsischen Vogtland

Die Husumer WKN AG verkauft den Windpark Ebersgrün im Kreis Vogtland



an die Münchner KGAL Unternehmensgruppe. Der Windpark umfasst vier Servion MM92 der 2,05 MW-Klasse mit 100 m Nabenhöhe. Von rund 21 Mio. kWh Energieertrag wird pro Jahr ausgegangen, dies reicht für etwa 6.000 sächsische Haushalte. Seit Mai 2013 ist der Park vollständig am Netz. Konditionen der Transaktion wurden nicht genannt.

Repowering im Windpark Zuidwester

RWE baut E-126 entlang der niederländischen Deiche

Mit zwölf Anlagen des Typ E-126 vom Hersteller Enercon baut RWE einen Windpark im holländischen Zuidwester mit einem Investitionsvolumen von über 150 Mio. €. Die Inbetriebnahme des Parks wird in 2017 anvisiert, der Bau der Windkraftanlagen soll Mitte 2015 starten. Nach Angaben von RWE Innogy ersetzt eine E-126 alle 50 bestehenden Anlagen im Windpark Westermeerdijk und Zuidermeerdijk. Der windhöfliche Standort verfügt über Windgeschwindigkeiten von über 9 m/s auf Nabenhöhe.

Der RWE-Windpark Zuidwester gehört zum niederländischen Windprojekt Noordoostpolder, wo zukünftig insgesamt 429 MW Windleistung errichtet werden sollen und somit der größte Windpark der Niederlande entsteht.

Siemens darf für größtes Offshore-Projekt der Niederlande liefern

Gemini soll eine Nennleistung von 600 MW haben

Die Siemens Wind Power und Energy Service hat mit 150 Windenergieanlagen der Klasse SWT-4.0-130 einen Großauftrag für das niederländische Offshore-Windprojekt Gemini erhalten. Die Verträge für Errichtung, Betrieb und Finanzierung wurden kürzlich geschlossen. 70% des Gesamtbudgets werden durch die 20 beteiligten Projektparteien bereitgestellt, damit ist Gemini der größte jemals projektfinanzierte Windpark überhaupt. Der Windpark wird 85 km vor der Küste in der Nordsee errichtet. Siemens erhält

mit diesem Großauftrag den ersten in niederländischen Gewässern. Auch der Service- und Wartungsvertrag setzt neue Maßstäbe bei Siemens und ist der größte bisher abgeschlossene Serviceauftrag der Siemens Energy Service. Ein Hubschrauber und ein für den Einsatz extra konzeptioniertes Serviceschiff werden immer vor Ort stationiert sein. Die Laufzeit ist auf 15 Jahre festgelegt. Der Auftrag wird durch Siemens Financial Service als Mitglied des Gemini-Konsortiums in Form einer Eigenkapitalinvestition von 500 Mio. € abgesichert. Durch das zutrage kommende „Multi-Source“ Finanzierungsmodell wird der erhöhte Kapitalbedarf des Projektes gedeckt und demonstriert, wie zukünftige Offshore-Windprojekte über eine weite Bandbreite an Investoren finanziert werden können. Hauptanteilseigner ist der kanadische Stromerzeuger Northland Power Inc., der 60% der Anteile hält. Gemini wird eine tragende Rolle für die Niederlande zur Erreichung der Zielsetzungen nach der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie darstellen.

Geplanter Verkauf der RWE Dea und Gewinn einbruch beim Mutterkonzern

Quartalszahlen als Reaktionen auf niedrige Börsenpreise

Die Zahlen für das erste Quartal 2014 stehen ganz im Schatten der deutlich zurückgegangenen Verkaufsvolumina an Strom und Gas. RWE steckt in der Krise und erleidet Ertragseinbußen. Der Essener Konzern reagiert mit



umfangreicheren Stilllegungen im Gaskraftwerksbereich, als bisher geplant. Darüber hinaus hat RWE Verträge mit externen Anbietern aus der Steinkohlekraftwerksparte gekündigt. Insgesamt werden so Anlagen von 7,4 GW Leistung stillgelegt. Das GuD-Kraftwerk Emsland wird zusätzlich über den Sommer hinweg abgeschaltet und die Fertigstellung des 1,6 GW Steinkohlekraftwerks in Eemshaven in den Niederlanden ist erst in 2015 zu erwarten, da sich das Projekt wegen eines Kesselschadens um ein halbes Jahr verzögert. Das Nettoergebnis sank um ca. 370 Mio. € im ersten Quartal. Gründe dafür werden bei RWE im niedrigen Strompreis und milden Winter gesehen. Das EBITDA sank von 3,07 auf 2,6 Mrd. €. Das Betriebsergebnis fiel um 18% geringer als im Vorjahr aus. Im ersten Quartal wurde 6% weniger Strom und 19% weniger Gas gegenüber dem Vorjahr geliefert. Hingegen stiegen die Investitionen um 17%. Neben der Modernisierung der Stromerzeugungskapazitäten sind große Teile der Ausgaben in Großprojekte, wie beispielsweise den Offshore-Windpark Gwynt y Môr geflossen. Die Prognose für 2014 muss wegen des geplanten Verkaufs der Unternehmenstochter RWE Dea AG an den russischen Investor LetterOne korrigiert werden. RWE rechnet mit einer Minderung der Nettoschuld um ca. 15% auf 26 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt geht RWE von einem Nettogewinn zwischen 1,2 und 1,5 Mrd. € für das gesamte Geschäftsjahr 2014 aus.

Erfolg durch Retrofit bei Alstom

Veränderungen im Betriebsverhalten erfordern neue Konzepte

Gasturbinen von Alstom werden gewöhnlich auf eine Volllastleistung ausgelegt. Da sich durch erneuerbare Energiequellen fossile Kraftwerkstechnik immer häufiger im Teillastbereich oder sogar im Stillstand befindet, werden bei Alstom Retrofits durchgeführt, bei denen eine Anpassung der Turbinen oder des gesamten Kraftwerkskonzepts an die Kundenbedürfnisse erfolgt. Dies spielte dem Unternehmen nach eigenen Angaben im letzten Geschäftsjahr dreistellige Millionen Beträge ein. Wenn Turbinen nicht im Volllastbereich gefahren werden, verschlechtert sich der Wirkungsgrad erheblich und somit steigt der CO₂-Austoß der Turbinen. Im Rahmen einer Neuauslegung der Turbine auf beispielsweise 90% der alten Leistung können Kosten und die umweltschädlichen Gase durch Retrofit reduziert werden. Nach eigenen Angaben können knapp 90 GW installierte Leistung optimiert werden.

EEG-Umlage in Deutschland könnte 2015 sinken

Agora Energiewende veröffentlicht EEG-Rechner

Die Agora Energiewende veröffentlichte jüngst eine Prognose der EEG-Umlage für das kommende Jahr. Die Voraussetzung für die Berechnung der Umlage ist

eine weitergehende Umsetzung der im parlamentarischen Verfahren befindlichen aktuellen Änderungsvorschläge zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz. Die Prognose vermutet eine Umlage von 5,8 bis 6,2 ct./kWh. Dieser Wert hängt von der Entwicklung des Börsenpreises und der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Sommer 2014 ab. Steigt die Erzeugung grünen Stroms, steigt auch die Umlage, steigt hingegen der Börsenpreis, senkt dies die Umlage. Die Reduzierung der Umlage wird laut Agora Energiewende mit einer fehlerhaften Prognose in 2014 begründet, die Grund für Sonderzahlungen im letzten Jahr war und auf die nun wieder verzichtet werden kann. In den Folgejahren wird das Niveau dann wieder auf das Aktuelle ansteigen. Als besonderen Treiber für die Höhe der Umlage sieht die Agora Energiewende die Ausnahmeregelungen für die Industrie. Würden hier weitere Ausnahmen geschaffen werden, ist mit einem weiteren Anstieg der Umlage zurechnen, wie es zwischen 2012 und 2014 geschah.

Anhörung zur Länderöffnungsklausel im Bundestag

BWE erwartet Nachbesserung im Gesetzentwurf

Die Länderöffnungsklausel fällt auch bei der Anhörung im Bundestag. Zuvor hatten alle zuständigen Fachausschüsse des Bundesrates den Gesetzentwurf bereits abgelehnt. Der Bundesverband WindEnergie (BWE) erwartet, „dass sich die Abgeordneten des Bundestages noch einmal intensiv mit dem Gesetz-

entwurf befassen“. Die Änderungen des Entwurfes stehen im Konflikt mit den Planungsrechten der Kommunen und im Widerspruch zu immissionsschutzrechtlichen Regelungen der bisherigen Genehmigungsverfahren. Des Weiteren sieht der BWE verfassungsrechtliche Probleme, die mit der Länderöffnungsklausel entstünden, da „für die Windenergie künftig kein substantieller Raum mehr zur Verfügung“ stünde. Die über einen Zeitraum von 20 Jahren gereiften Instrumente der Regionalplanung führen zu Abständen, die fachlichen und örtlichen Anforderungen entsprechen. Die Einführung der Länderöffnungsklausel würde jedoch nach Ansicht des BWE die Akzeptanz und den Rückhalt für die Energiewende in der Bevölkerung untergraben.

Nextera Energy, die Spanien vor das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) zitiert und die BPN, die zusätzlich die Weltbank um Schlichtung gebeten hat. Spanische Energieunternehmen wittern währenddessen Gewinne im eventuell neu aufblühenden Atomkraftgeschäft.

Spanien bremst massiv die Energiewende

Industrieministerium erwägt erneut rückwirkende Tarifrückführungen für Erneuerbare Energien

Die spanische Regierung prüft derzeit die gigantischen Subventionszahlungen von 200 Mrd. € des spanischen Staats für Erneuerbare Energiequellen. Gelockt von attraktiven Renditen im zweistelligen Bereich, haben internationale Anleger seit Mitte der neunziger Jahre den Ausbau von Solar- Windenergieanlagen mitgetragen. Nun will die spanische Regierung die Subventionen schon in diesem Jahr um 20% reduzieren, um den Haushalt zu entlasten. Der Unmut der Investoren wächst, unter ihnen zahlreiche ausländische Großinvestoren, wie die Deutsche Bank und die

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen des 4initia Newsletters wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des 4initia Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung von der 4initia GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.